



Suchergebnisse: Terrorist

10. November 1918 – Hindenburg will den terroristischen Bolschewismus verhindern

Berlin * Der Chef der Obersten Heeresleitung, Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg, erklärt, er bleibt auf seinem Posten bleiben, bis sich alles geklärt hätte. Er fordert alle Offiziere und die Mannschaften auf, angesichts des drohenden Bolschewismus „unvermindert ihre Pflicht zu tun zur Rettung der deutschen Lande aus größter Gefahr“. Er selbst und die Oberste Heeresleitung - OHL wollen „mit dem Reichskanzler zusammengehen“, um „die Ausweitung des terroristischen Bolschewismus in Deutschland zu verhindern“.

16. Januar 1919 – Scheidemann zur Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht

Berlin * Philipp Scheidemann erklärte zum Tod von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht folgendes: „Ich bedauere den Tod der beiden aufrichtig aus gutem Grunde. Sie haben Tag für Tag das Volk zu den Waffen gerufen und zum gewaltsamen Sturz der Regierung aufgefordert. Sie haben Spazierfahrten durch Berlin mit Maschinengewehren veranstaltet, die sie uns wiederholt vor die Reichskanzlei fuhren, sie haben Tag für Tag ihre Anhänger bis zur Siedehitze aufgepeitscht. Sie haben, nachdem durch ihre Schuld Arbeiter- und Soldatenblut in Strömen geflossen, uns als Mörder und Bluthunde Tag für Tag in ihren Zeitungen und in ihren Versammlungen beschimpft. So sind sie selbst Opfer ihrer eigenen blutigen Terrortaktik geworden.“ Und weiter meint er: „Bei Frau Luxemburg, einer hochbegabten Russin, ist mir der Fanatismus begreiflich, nicht aber bei Liebknecht, dem Sohn Wilhelm Liebknechts, den wir alle verehrten und noch verehren. Sein Sohn, der nunmehr tote Karl Liebknecht, hat sich leider vollkommen in die russisch-terroristische Taktik einspannen lassen.“ Zur Rechtfertigung seiner Person und seiner Regierung äußert er sich: „Wenn mein wahnsinniger Bruder die Flinte auf mich anlegt, so kann ich, wenn es [um] mich allein geht, mich erschießen lassen, um sein Blut zu schonen, aber wenn ich im Begriffe bin, mich in ein brennendes Haus zu stürzen, um Weib und Kind zu retten, und der wahnsinnige Bruder legt dann auf mich an, dann hilft nichts mehr, dann muss ich mich gegen ihn zur Wehr setzen, denn dann geht es nicht mehr um mich, sondern um viele andere.“

12. April 1919 – Die BVP wehrt sich gegen land- und rassefremde Elemente



München * In einem von der Bayerischen Volkspartei - BVP veröffentlichten Aufruf lehnt sie „jede Vergewaltigung des Volksganzen durch eine terroristische, von land- und rassefremden Elementen geführte Minderheit entschieden ab und verlangt, [dass] endlich die Verhetzung weiter Kreise durch ausländische politisierende Juden ein Ende hat“.

14. April 1919 – Die Regierung Hoffmann arbeitet mit Rechtsextremisten zusammen

Bamberg * Die Regierung Hoffmann setzt auf das neu eingerichtete Propagandaministerium und die Zusammenarbeit mit bekennenden Rechtsextremisten. Im Regierungsorgan Freistaat werden die Räteanhänger aufs übelste diffamiert und als „ausländische Juden“, „land- und rassenfremde Elemente“ sowie als „Terroristen“ diffamiert. Ernst Toller gibt daraufhin im Auftrag des Zentralrats ein Flugblatt an die Bürger der Räterepublik heraus. In diesem macht er auf die antisemitischen Hintergründe aufmerksam und fordert die Bevölkerung zum Widerstand dagegen auf.

23. Dezember 1937 – Towia Axelrod wird in der UdSSR verhaftet

UdSSR * Towia Axelrod (Tobias Akselrod) wird im Zuge der stalinistischen Säuberungsaktionen wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären terroristischen Organisation verhaftet.

25. Juni 1962 – Rund 2.500 Protestierer versammeln sich an der Leopoldstraße

München-Schwabing * Montag. Rund 2.500 Protestierer versammeln sich an der Leopoldstraße. Mehrere hundert Jugendliche blockieren erneut den Verkehr auf dem Boulevard. Gegen 1 Uhr räumt die Polizei die Straße. Rund 200 Protestierer werden „eingekesselt“ und anschließend festgenommen, darunter auch der spätere RAF-Terrorist Andreas Baader. Damit enden die Schwabinger Krawalle. Laut Polizeibericht kommen an diesem Tag rund 360 Polizisten zum Einsatz. 35 Protestierer werden festgenommen, sieben nachträglich zur Anzeige gebracht. Darüber hinaus werden über 200 Anwesende zur Personalienfeststellung kurzfristig in Gewahrsam genommen. Dass die Stadtpolizei an allen Tagen keine Wasserwerfer einsetzt, liegt an der in der Leopoldstraße verkehrenden Straßenbahn. Man hätte nämlich aus Sicherheitsgründen die Strom führenden Oberleitungen außer Betrieb nehmen müssen. Außerdem befürchtet man angesichts der sommerlichen Temperaturen, dass ein Wasserwerfer zur weiteren „Erheiterung“ der Protestierenden beigetragen hätte. Fazit: Gegen



248 Personen werden Ermittlungen wegen der Beteiligung an den Schwabinger Krawallen aufgenommen. Darunter finden sich lediglich 13 Frauen. Fast drei Viertel der Verfahren werden eingestellt. 54 Angeklagte werden verurteilt; es gibt 13 Freisprüche. Das Durchschnittsalter der Verurteilten liegt bei 22 Jahren. Von den jungen Berufstätigen werden auffällig viele verurteilt. Während aus dem akademischen Nachwuchs nur jeder Zehnte eine Strafe erhält, ist es bei den Nichtakademikern nahezu jeder Zweite. Es werden sechs Gefängnisstrafen zwischen drei und dreizehn Monaten ausgesprochen, wovon fünf auf Nichtakademikern fallen. Die Geldstrafen liegen zwischen 40 und 1.000 DMark. Die Jungakademiker kommen mit Geldbußen und Strafen auf Bewährung davon. Gegen Angehörige der Stadtpolizei werden 143 Verfahren eröffnet. Lediglich 14 Polizisten werden aber mit Anklagen konfrontiert. Vier Ordnungshüter werden rechtskräftig verurteilt. Darunter ist nur ein Stadtpolizist, der an den Einsätzen vor Ort beteiligt war. Die drei Anderen sind als Aufseher in der Polizeihaftanstalt tätig. Der Bezirksausschuss Schwabing-Freimann protestiert in einer Resolution gegen die Ausschreitungen, die das „Machwerk verantwortungsloser, ortsfremder Elemente“ gewesen sei und bedankt sich ausdrücklich bei der Münchner Polizei für das mutige und tatkräftige Einschreiten.

5. September 1972 – Palästinensische Terroristen nehmen israelische Sportler als Geiseln

München-Milbertshofen * Mitglieder der palästinensischen Terrorgruppe „Schwarzer September“ dringen in die Unterkunft der israelischen Mannschaft in der Conollystraße 31 im Olympischen Dorf ein, töteten zwei Menschen und nehmen neun weitere Geiseln.

30. Januar 1980 – Wehrsportgruppe Hoffmann als terroristische Organisation verboten

Bonn * Bundesinnenminister Gerhard Baum verbietet die Wehrsportgruppe Hoffmann als terroristische Organisation.

26. September 1980 – Das Oktoberfest-Attentat

München-Theresienwiese * Freitag, 22:19 Uhr: Am Haupteingang der Wiesn explodiert ein Sprengsatz. Der Feuerball unterbricht die ausgelassene Volksfeststimmung auf dem Oktoberfest und tötet 13 Menschen. 211 Personen werden verletzt, davon 68 schwer. „Menschen wirbeln durch die Luft, Blut spritzt, zerfetzte Gliedmaßen, unglaubliche Schmerzen und verzweifelte Schreie, die nur die hörten, denen nicht gleich das Trommelfell platzte“. Einer der



Toten ist der Geologiestudent Gundolf Köhler (21). Als die Rettungskräfte am Tatort eintreffen, finden sie in einem Umkreis von bis zu 23 Metern Verletzte und Tote verstreut auf der Straße liegen. Die die Detonation begleitende Druckwelle ist gewaltig gewesen. Noch in der Nacht stehen für die Bayerische Staatsregierung die Schuldigen fest: Die RAF und linke Terroristen müssen für das Massaker verantwortlich sein. Ministerpräsident Franz Josef Strauß steht mitten im Wahlkampf. Er will Helmut Schmidt (SPD) als Bundeskanzler ablösen und hat sich selbst als starker Law-and-Order-Mann positioniert. Nun sieht Franz Josef Strauß seine Stunde gekommen. Er greift Innenminister Gerhard Baum (FDP) an, der für das Nachrichtenmagazin Spiegel eine Diskussion mit dem RAF-Anwalt und Ex-Terroristen Horst Mahler geführt hat. Strauß macht Baum für das Attentat mitverantwortlich, weil er den Terrorismus quasi salonfähig gemacht hat. Strauß fordert, dass sofort Flugblätter produziert werden, die Baum im Gespräch mit Mahler zeigen. Doch die Attacke gegen Links wird sich bald als Bumerang erweisen. Auf den Verdacht hin, dass es sich um einen Terrorakt handelte, leitet Generalbundesanwalt Kurt Rebmann zusätzlich ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt ein. Die Untersuchung liegt damit federführend beim Bund. Nach intensiven Beratungen mit Politikern, dem Polizeipräsidenten und den Veranstaltern entscheidet Oberbürgermeister Erich Kiesl noch mitten in der Nacht, das Oktoberfest nicht abubrechen, sondern nur einen Trauertag zu veranstalten. Man wolle und dürfe sich dem Terror, gleich von welcher Seite, nicht beugen. Bei dieser nicht unumstrittenen Entscheidung hat man auch das Beispiel der XX. Olympischen Spiele in München vor Augen, die trotz eines Terroranschlages zu Ende geführt worden waren.

27. September 1980 – Abendzeitung: „Eine Spur führt direkt zu den Neo-Nazis“

Theresienwiese - München * Die Abendzeitung erscheint am Tag nach dem Wiesen-Attentat mit einer Sonderausgabe und der Nachricht, dass eine Spur direkt zu den Neo-Nazis führt. Doch Ministerpräsident Franz Josef Strauß beharrt darauf, die Schuld linken Terroristen zu geben.

Oktober 1987 – Gauweilers RAF-Vergleich verschärft den Konflikt

München * Der bayerische Innenstaatssekretär Peter Gauweiler stellt öffentlich eine Verbindung zwischen militanten Teilen des Widerstands gegen die WAA und der terroristischen Roten Armee Fraktion (RAF) her. Vertreter der Bürgerinitiativen weisen den Vergleich zurück und betrachten ihn als Versuch, die Protestbewegung zu kriminalisieren. Die Äußerungen heizen die ohnehin angespannte Stimmung vor der Großdemonstration am 10. Oktober zusätzlich an und vertiefen die politische Konfrontation zwischen Staatsregierung und WAA-Gegnern.